Deutscher Bundestag **Drucksache 19/224**

19. Wahlperiode 11.12.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Sevim Dağdelen, Michel Brandt, Christine Buchholz, Dr. Gregor Gysi, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Stefan Liebich, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung

– Drucksachen 19/21, 19/193, 19/206 –

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der sogenannte Krieg gegen den Terror ist gescheitert. In Afghanistan wird das besonders deutlich. Doch die NATO wird ihre Präsenz im Rahmen der Resolute Support Mission auf 16.000 Soldaten aufstocken. Der Einsatz der NATO dauert bereits 16 Jahre an. Trotzdem sind die aufständischen Taliban militärisch so stark wie nie. In der Bevölkerung haben sie an Zustimmung gewonnen. Große Teile des Landes stehen unter ihrer Kontrolle. Die Kriegshandlungen eskalieren.
2. Die Anwesenheit ausländischer Truppen mobilisiert den Widerstand der bewaffneten Gruppen. Die Auseinandersetzung zwischen internationalen Besatzungstruppen und Taliban ist vor allem eine Gefahr für die afghanische Zivilbevölkerung. Die UN-Mission UNAMA zählte in ihrem Halbjahresbericht für das erste Halbjahr 2017 1662 zivile Todesopfer – so viele wie noch nie seit Beginn der Berichterstattung (2009). Dazu kamen 5243 Verletzte. 19 Polizisten starben am 29.10.2017 bei Angriffen der Taliban auf mehrere Polizeistationen, u. a. in Kunduz. Auch die Bundesrepublik wird als Besatzer wahrgenommen. Am 10.11.2016 wurde das deutsche Generalkonsulat in Masar-e-Sharif angegriffen. Zehn Menschen starben, mehr als 100 wurden verletzt. Die Taliban bezeichneten den Angriff als Rache für ein NATO-Bombardement in Kunduz, bei dem mehrere

Dutzend Zivilistinnen und Zivilisten starben. Am 31.5.2017 starben 160 Zivilistinnen und Zivilisten bei einem Bombenanschlag auf die deutsche Botschaft. Über 400 Menschen wurden verletzt. Viele terroristische Anschläge in Europa und weltweit gehen auf Usbeken zurück, die unter anderem durch den Krieg in Afghanistan radikalisiert wurden.

3. Die US-Airforce hat ihre Luftangriffe in Afghanistan intensiviert, durch die Lockerung ihrer Einsatzregeln nehmen die USA dabei mehr noch als zuvor den Tod Unschuldiger in Kauf. Am 3.11.2017 wurden bei einem Angriff der US-Luftwaffe bei Kunduz nach lokalen Berichten mehr als 50 Zivilistinnen und Zivilisten getötet. Derartige Attacken führen nicht zu weniger, sondern zu mehr Terror und bewaffnetem Widerstand. Der Krieg ist das perfekte Rekrutierungsmittel für den militanten Islamismus. Die Verstärkung der militärischen Kontingente durch die Staaten der NATO wird diese Tendenz nicht bremsen, sondern nur verstärken. Durch eine weitere Intensivierung der Beraterfunktionen wird noch mehr als zuvor die Gefahr bestehen, dass Bundeswehrangehörige wieder unmittelbar in Gefechte verwickelt und durch Kollaboration oder stillschweigende Duldung mitverantwortlich für Kriegsverbrechen und andere Menschenrechtsverletzungen werden.
4. Die Bundesregierung bezeichnete in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der Linksfraktion (18/7991) nur neun von 123 Distrikten (Stand 2015) als kontrollierbar. Die Anzahl der offen abtrünnigen Distrikte hat sich seither weiter vergrößert. Die Anzahl der sicherheitsrelevanten Vorfälle von 2013-2015 lag bei 75.722 und ist seither immer weiter gestiegen. Trotzdem will die Bundesregierung unter Verweis auf angebliche interne Fluchtalternativen vermehrt Geflüchtete nach Afghanistan abschieben. Entsprechende Abkommen zwischen EU bzw. Deutschland und Afghanistan wurden am Rande des Gebergipfels am 5.10.2016 in Brüssel unterschrieben.
5. Der ISAF-Einsatz der Bundeswehr, der Ende 2014 zu Ende ging, hat den deutschen Steuerzahler 8,8 Mrd. Euro gekostet. Er hat die deutsche Gesellschaft auch durch getötete, verwundete und traumatisierte Rückkehrer verändert. Der Einsatz im Rahmen der Nachfolgemission Resolute Support (RSM) verursacht jährlich rund 250 Mio. Euro an einsatzbedingten Zusatzkosten. Die Bundesregierung investiert auch viel Geld in den zivilen Aufbau: Rund 450 Mio. Euro pro Jahr fließen als Entwicklungshilfe nach Afghanistan. Doch entfalten diese Mittel in der Zusammenarbeit mit einer hochkorrupten afghanischen Regierung (Platz 169 von 176 im Index von Transparency International) und im Kontext von Krieg und schwacher Staatlichkeit keine Wirkung, wie die anhaltend schlechte Platzierung Afghanistans im Human Development Index der Vereinten Nationen und einzelne Kennzahlen der sozialen Entwicklung (Kinder- und Müttersterblichkeit) belegen.
6. Trotz dieser erschütternden Bilanz verweigert sich die Bundesregierung jeglicher politischer Selbstreflexion. Eine wirklich kritische Aufarbeitung der Art und Weise, wie die Bundesrepublik Deutschland in den Krieg gegen den Terror involviert wurde und was heute seine Ergebnisse sind, findet nicht statt. Eine Verlängerung des Mandats für eine Teilnahme der Bundeswehr an der Mission Resolute Support ist auch daher abzulehnen.
7. In Afghanistan verstärken sich durch die Präsenz der NATO Interessenskonflikte zwischen den Welt- und Regionalmächten. Bemühungen zur Entspannung zwischen der NATO, Russland und dem Iran sowie zur Verbesserung der Beziehungen zu Pakistan leiden darunter und lassen insgesamt zu wünschen übrig. Auch die Wirkungen auf die autokratisch regierten zentralasiatischen Nachbarstaaten sind fatal. Deren Destabilisierung im Zuge des Afghanistankonfliktes führt zu immer diktatorischerem Regierungshandeln und zur Stärkung islamistischer Kräfte.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Beteiligung von bewaffneten deutschen Streitkräften am NATO-Einsatz Resolute Support zu beenden und die in Afghanistan stationierten Einheiten der Bundeswehr umgehend und vollständig aus Afghanistan abzuziehen;
2. sich für einen Abschiebestopp und eine sichere Aufenthaltsregelung für afghanische Flüchtlinge einzusetzen und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anzuweisen, keine Widerrufe von Asyl- und Flüchtlingsanerkennungen oder subsidiärem Schutzstatus bei afghanischen Flüchtlingen unter Hinweis auf eine angeblich positiv veränderte Lage oder angeblich sichere Fluchtalternativen im Herkunftsland vorzunehmen;
3. umgehend eine Gesamtbilanzierung (und nicht nur halbjährliche Fortschrittsberichte) des bisherigen Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan seit 2001 vorzulegen, die die Situation an den selbst verlautbarten politischen Vorgaben und Zielen zu Beginn des Einsatzes misst;
4. nach dem Abzug auf Entspannung ausgerichtete diplomatische Initiativen gegenüber Russland und dem Iran aufzunehmen und Strategien für verbesserte, auf Menschenrechte und langfristige Demokratisierung abzielende Beziehungen zu Pakistan und den zentralasiatischen Staaten zu entwickeln und
5. die bisherige Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan auf den Prüfstand zu stellen, zivil-militärische Projekte zu beenden und stattdessen zivile, demokratische Kräfte und innerafghanische Versöhnungsinitiativen zu stärken.

Berlin, den 11. Dezember 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.